

Die BDP will Majorzwahl für den Gemeinderat

Die BDP lancierte gestern eine Initiative für die Majorzwahl des Gemeinderats. Ihre Argumentation ist allerdings kreuzfalsch.

Die Jahre des Blockdenkens und der «Beherrschung der Stadtberner Politik» durch den RGM-Block hätten die Entwicklung Berns gehemmt, deshalb brauche die Stadt ein neues Wahlsystem: Mit einer Volksinitiative will die BDP dies erzwingen. Der Gemeinderat soll künftig statt im Proporz- im Majorzverfahren gewählt werden.

Persönlichkeit statt Partei

Den Wechsel von der Verhältniswahl zur Mehrheitswahl fordert die BDP, weil Proporzwahlen Personenwahlen seien: «Somit ist die Persönlichkeit wichtiger als die Parteizugehörigkeit.» Der Slogan für die Initiative lautet deshalb «Köpfe statt Blöcke».

Zudem benachteilige das Proporzverfahren kleinere Parteien, schreibt die mittelkleine BDP weiter: Bei nur fünf Sitzen brauche es einen Stimmenanteil von 16,7 Prozent für ein Mandat. Die Majorzwahl für die Regierung bewähre sich in vielen grösseren Schweizer Städten und in fast allen Kantonen.

Nause dank Proporz gewählt

Die Argumentation der BDP zeugt nicht gerade von politischem Sachverstand. So wird der Regierungsrat nach dem Majorzverfahren gewählt – und wer dort von den grossen Parteien portiert wird, hat allerbeste Wahlchancen, Persönlichkeit hin oder her. Gar kreuzfalsch ist die Behauptung, dass Proporzwahlen kleinere Parteien benachteilige: Bei den letzten Gemeinderatswahlen hätte Reto Nause von der Kleinpartei und BDP-Fraktionspartnerin CVP den Einzug in die Regierung mit dem Majorzverfahren nicht geschafft. Er machte knapp 14000 Stimmen. Stattdessen wäre der vierte Kopf auf der

RGM-Liste gewählt worden: Der Grüne Daniel Klauser machte fast 19000 Stimmen. Selbst Barbara Hayoz von der grossen FDP hätte bei den Wahlen 2004 gegen GFL-Kandidat Alec von Graffenried keine Chance gehabt. Im Majorz wäre also der RGM-Block noch stärker, als er momentan ist: Vier von fünf Sitzen wären in rot-grüner Hand.

Sechs Monate Zeit

Die BDP hat bis am 5.Juli Zeit für die Unterschriftensammlung. Für das Zustandekommen einer Volksinitiative sind 5000 gültige Unterschriften nötig.

Adrian Zurbriggen